

Energieverbrauch senken, Gebäudesanierung fördern!

Vorschlag für eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung

Zu den zentralen Herausforderungen der Energiewende zählt neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien, unseren Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2050 zu halbieren. Zu den wichtigsten Handlungsfeldern gehört die energetische Sanierung von Gebäuden auf einen praktisch klimaneutralen Standard. Im Rahmen einer vom Ziel her gedachten Sanierungsstrategie wollen wir den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren, Energiekosten für Mieter und Eigentümer senken und Arbeitsplätze bei Herstellern und Handwerk schaffen. Sanierungsmaßnahmen werden zielgerichtet gefördert, um Lasten fair zu verteilen.

Worum geht es?

Im Gebäudesektor entstehen mittel- und unmittelbar fast ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen und knapp 40 % des Endenergieverbrauchs. Rund drei Viertel unserer Wohngebäude wurden vor Inkrafttreten der 1. Wärmeschutzverordnung 1977 gebaut und sind entsprechend kaum oder gar nicht energetisch saniert. Die Energieeinspar- und Klimaschutzpotenziale sind signifikant. Gleichzeitig steigen die Kosten, unsere Gebäude mit fossilen Ressourcen zu beheizen, seit Jahren drastisch.

Die Formel ist klar: Unsere Gebäude müssen weniger Energie verbrauchen - und der verbleibende Energiebedarf muss durch einen stetig wachsenden Anteil erneuerbarer Energien gedeckt werden. Im Rahmen einer ambitionierten Klima- und Energieeffizienzstrategie können wir den Gesamt-Energieverbrauch der privaten Haushalte bis zum Jahr 2050 um rund 75 % verringern¹. Dazu muss der Raumwärmebedarf massiv reduziert werden. Entsprechend können auch die direkten CO₂-Emissionen durch Raumwärme und Warmwasser sinken: Von 107 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten im Jahr 2005 auf nur noch zwei Millionen Tonnen 2050. Dies entspricht einer Emissionsminderung von 97 %. Zusätzlich kann so ein riesiger Jobmotor für Hersteller von Gebäudetechnik und das Handwerk angeworfen werden.

Klar ist, dass die energetische Sanierung von Gebäuden Kosten verursacht. Der WWF setzt sich dafür ein, diese Kosten gerecht auf die beteiligten Akteure zu verteilen. Dem Staat kommt hierbei die Aufgabe zu, flankierende Förderprogramme aufzulegen. Davon sollten insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen stärker profitieren als dies bislang der Fall ist.

Der WWF fordert daher von der neuen Bundesregierung:

- ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung und des energieeffizienten Neubaus der KfW auf jährlich mindestens 2 Milliarden Euro zu erhöhen.
- die lange geplanten steuerlichen Förderungen von energetischen Gebäudesanierungen einzuführen. Hiervon sollen insbesondere die beiden größten Eigentümergruppen, Selbstnutzer und Kleinvermieter profitieren.

¹ Prognos/Öko-Institut/Dr. Ziesing, Modell Deutschland. Klimaschutz bis 2050. Vom Ziel her denken, im Auftrag des WWF Deutschland. Abrufbar unter: <http://www.wwf.de/themen/klima-energie/modell-deutschland-klimaschutz-2050/modell-deutschland-klimaschutz-2050-zentrale-ergebnisse/>

- für die Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) eine 30-prozentige Verschärfung der energetischen Standards anzustreben. Dabei müssen Anforderungen des Klimaschutzes, Wirtschaftlichkeitsaspekte sowie geltende europarechtliche Bestimmungen im Rahmen der Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden (EPBD) berücksichtigt werden.
- Qualität und Aussagekraft des Gebäude-Energieausweises zu verbessern und weiterzuentwickeln.
- die Aus- und Weiterbildung von Handwerkern, Energieberatern, Architekten und Bauingenieuren stärker zu fördern. Sie muss sich z.B. auch in Studien- und Ausbildungsordnungen niederschlagen. Ohne qualifiziertes Fachpersonal wird es keine Energiewende im Gebäudesektor geben.
- die Regeln für die Umlagemöglichkeit von Kosten auf den Mieter zu reformieren. Unverhältnismäßig stark steigende Warmmieten nach einer energetischen Sanierung müssen wirkungsvoll verhindert werden (§ 559 BGB). Unter dieser Voraussetzung hat der Mieter die Durchführung von energetischen Modernisierungsmaßnahmen ohne Abwägung von Härten zu dulden.

Ansprechpartner:

Tobias Krug
Energieeffizienz & Gebäude
Fachbereich Klimaschutz und Energiepolitik
WWF Deutschland
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin
Direkt: +49 (0)30 311 777-256
tobias.krug@wwf.de